



**Kommentar: 18. 03. 2016: Heiner Hannappel,
Veränderungen!**

Die deutsche Gesellschaft im permanenten Reizzustand!

Der Konjunktiv beflügelt Merkels Imperativ so lange, bis die Realität die Flügel ihres jeweiligen Imperativs entflammen und die Kanzlerin im Sinkflug den Konjunktiv wieder zur Hilfe ruft. Der Konjunktiv hat aber keine Antworten. Die Realität schon. Willkommen Frau Bundeskanzlerin in den Niederungen der Realitäten Europas und seiner Bürger!

Vorbei die Zeiten des Nachkriegsaufbaus, vorbei die schon fast kindliche Freude der Nachkriegsdeutschen, über deren kleine Sensationen, wie die Gestaltungen der Heckscheibe des unverwüstlichen VW Käfers, des UKW-Radios, des ersten Taschentransistorradios oder des ersten Schwarz-Weiß-, später des Farbfernsehers. Vorbei die Vertrauenswürdigkeit des VW-Konzerns, vorbei sind die Sicherheiten der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erharts, vorbei der Glaube daran, dass „die da oben schon alles richtig richten werden“! Ein „Urvertrauen“, welches sogar die Spendenaffäre Helmut Kohls und die Erinnerungslücken des heutigen Finanzministers Schäuble noch überdauerte, ist heute sogar bei jenen, die diesen etablierten Parteien wider banges Ahnen doch noch ihre Stimmen gaben, einer Erosion ausgesetzt, die vor den Kanzlerschaften Merkels noch undenkbar waren!

Die Gesellschaft Deutschlands hat sich verändert und ist angesichts der globalen Unwägbarkeiten, mit den Einflüssen der Globalisierung auf die Arbeitswelt, die weltweit zu beobachten sind, zusammen mit den Tragödien im Nahen Osten mit den regionalen asymmetrischen Kriegen, durch die von den USA angezettelten Aufstände im Irak, Syrien, Libyen, Afghanistan, Jemen, die allesamt „Failed State“ wurden, also gescheiterte unregierbare Staaten mit den Auswirkungen bis nach Europa, besonders Deutschland, in das quasi

von Merkel eingeladen Millionen flüchteten, extrem verunsichert und reizbar geworden. Vormalig ging es den Menschen in diesen nun hinweggefegten Diktaturen entschieden besser!

Geht es uns denn Anbetracht der kommenden finanziellen Belastungen und den Veränderungen in unserem Umfeld und unserer Kultur, einhergehend mit den kommenden Einschränkungen kommunaler Angebote wenigstens nicht schlechter! Diffuser Ärger, Frust und Ungewissheiten nagen doch schon heute das Vertrauen in diesen unseren Staat an!

Hinzu kommen noch die Veränderungen im direkten Umfeld der Bürger, in den Kommunen, nicht nur durch die verursachten Kosten durch die Flüchtlinge, sondern auch durch die drohenden Veränderungen aufgrund der bevorstehenden Vertragsabschlüsse zu den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA, welche alle gravierende Auswirkungen auf die kommunalen Auftragsgewohnheiten haben, die überwiegend an deren Stadtwerke gingen.

Nachdem der Ausverkauf kommunaler Einrichtungen an die Privatwirtschaft mit Rückmietung der Leistungen sich als fiskalischer Flop erwies und eine Umkehrung mit Rückkauf und Eigenbewirtschaftung erfolgreicher war, drohen nun wieder Eingriffe in dieses erfolgreiche, von den Bürgern geschätzte Modell kommunaler Eigenbetriebe, durch Ausschreibungen an externe Anbieter, was nicht ohne gravierenden Einfluss auf die Beschäftigungsverhältnisse in den kommunalen Betrieben bleiben wird.

Unsicherheiten und eine vor Ort gereizte Bevölkerung sind so vorprogrammiert. Auch hier sehe ich Kanzlerin Merkel ohne Plan, den sie auch bei dem hastigen unüberlegten Ausstieg aus der Atomenergie vermissen lies, den man ja auch noch etwas hätte strecken können, denn über 50 Reaktoren mit Westwind vom Atlantik zum Teil überaltert, stehen in Frankreich. Die heute lamentierenden Energiekonzerne, die sich wie die Bevölkerung von Merkels sprunghafter Politik überfahren sehen, klagen Milliardenbeträge vor Gericht ein und werden recht bekommen!

Nur die Kommunen, die an den Energieriesen Beteiligungen haben, sehen mit Millionenbeträgen (Dortmund alleine 20 Millionen) ihre fiskalischen Felle wegschwimmen und müssen diese Verluste, durch eine konzeptlose Politik Merkels verursacht zulasten der Bürger

kompensieren!

Diese von mir oben skizzierten Probleme sind alle noch nicht mit der innewohnenden Brisanz bei den Bürgern angelandet, stehen aber wie ein Menetekel in den Rathäusern und verbreiten schon im Vorfeld Unbehagen.

Was, wenn die Bürger merken, was sich da so hinter ihrem Rücken auftut, denn die Bürger wurden und werden zu nichts gefragt und müssen aber alle ihr von der Bundespolitik aufgebürdeten Lasten tragen! Ärger und Frust sind auch auf diesen kommunalen Feldern schon vorprogrammiert!

Fast ganz Europa lehnt sich, die konzeptionellen Schwächen der Kanzlerin erkennend, mittlerweile gegen all ihre alternativlosen Vorstellungen in der Flüchtlingsfrage und bald auch der Eurorettungs-Austeritätspolitik auf, wohl wissend, welche Folgen das für ganz Europa und die Eurozone haben kann! Ich sagte es schon immer, dass „alternativlos“ in einer Demokratie ein Fremdwort ist, denn es ist doch geradezu im Wesen einer Demokratie verankert, zu allen Problemen Alternativen zu erarbeiten. Aber wissen unsere buckelnden Parlamentarier um die Grundprinzipien unserer Demokratie überhaupt noch bescheid?

Die deutsche Kanzlerin hat die Folgen ihrer alternativlosen Vergewaltigungen wohl noch nicht verinnerlicht und wenn doch, ordnet sie ihre einsame Erkenntnis ihrem Machterhalt unter! Ihre Politik eint nicht, sondern trennt und schadet der EU und Deutschland.

Diejenigen, die dafür in die Schmutzecke verbannt, das krasse Gegenteil dessen tun, was die Kanzlerin mit ihrem moralischen Imperativ will, nämlich die nationalen Grenzen offen zu halten, tun genau das, was in dem EU-Schengenabkommen steht und das ist nationale Grenzsicherung, wenn die EU-Außensicherung versagt! Die Balkanstaaten unter der Führung Österreichs scheren sich keinen Deut um die Befindlichkeiten der deutschen Kanzlerin! Trotzdem verbucht die Kanzlerin scheinheilig die nunmehr spärlichen Flüchtlingsströme als Erfolg ihrer Politik und wettet dreist gegen jene Staaten, die ihr etwas Zeit verschaffen und ihr so aus der Patsche helfen. Das ist unredlich und wird in ganz Europa hellwach bemerkt, denn die Kanzlerin ist durch diese 3-Landtagswahlen und die Kommunalwahl in Hessen geschwächt, so sehr das von ihrer Partei auch überspielt wird!

Willkommen in der Wirklichkeit globaler Unsicherheiten!

Langsam, ganz unbemerkt von einer sich im Wirtschaftsaufbau befindlichen Gesellschaft des letzten Jahrhunderts, ganz besonders von der Politik, wurde aus einer robusten Gemütslage der Deutschen seit Schröders Agenda 2010, erst recht nach Kanzlerin Merkels Amtsantritt, eine Gesellschaft im permanenten Konkurrenz- und Reizzustand.

Kanzlerin Merkel lies es zu, nein, sie katapultierte die deutsche Gesellschaft im blinden Glauben an eine verantwortungsvolle Wirtschaft weit über das nötige Maß in einen Zustand permanenter Konkurrenz Deutschlands mit seinen Nachbarn. Nicht, dass die Wirtschaft von sich alleine die Antworten auf die Globalisierung nicht gefunden hätte, nein Kanzlerin Merkel gab der Wirtschaft und den Banken ohne Not die Spielräume, um die Soziale Marktwirtschaft zugunsten einer marktkonformen Wirtschafts-gesellschaft auszuhebeln, in der die Rechte und Bedürfnisse der Bürger zu einer Marginalie verkommen, da nur der Profit Trumpf und Leitfaden ist.

Der Niedriglohnsektor Deutschlands von ca, 8 Millionen Menschen, der von den Nachbarn als Dumpinglohngefahr angeprangert wird, da dieser deren heimische Betriebe permanent gefährdet, ist der Größte ganz Europas. Dazu gesellen sich Leiharbeit und Zeitarbeit mit den innewohnenden prekären Beschäftigungsverhältnissen und tragen zur Verunsicherung und einer kaum noch positiven Betrachtungsweise der Zukunft bei, die sich durch die komplette Gesellschaft Deutschlands zieht und sich in allzu geringen Geburtenraten und einer gereizten Unzufriedenheit äußert!

Diese tiefe Verunsicherung spielt sich noch im Stillen ab, besitzt aber das Potenzial für allergrößte Verwerfungen in unserer Gesellschaft, die sich auch außerhalb von Wahlen artikulieren kann, wenn die Regierung sich derer nicht annimmt, die sich zu den Verlierern ihrer Zeit fühlen, in der 1,45 Millionen Flüchtlinge ihre Bedürfnisse auf Nahrung, Wohnung, Arbeit und ein menschenwürdiges Leben zusätzlich anmelden und so auch zu Konkurrenten bei der Verteilung deutscher Ressourcen werden, welche die Bürger schon als einen erarbeiteten Besitzanspruch ansahen!

Millionen Menschen gehen tagtäglich zur Arbeit und haben gegen Monatsende ihre Konten per Dispo überzogen, weil sie nur 1000 Euro, im Glücksfall netto, für einen Achtsturentag inklusive Überstunden bekommen! Ca 8 Millionen Menschen arbeiten in einem

Minijob und haben mit den Obengenannten keinerlei Aussicht auf eine auskömmliche Rente! Sie sind alle die Bittsteller der Zukunft, ohne zu wissen, wie diese schon in nächster Zeit, also in den kommenden Jahren aussieht. OECD Studien stellen der deutschen Ökonomie zu ihrer Entwicklung von Armut und Reichtum aus diesen Gründen keine guten Zeugnisse aus! Aber die deutsche Gesellschaft merkt das auch schon von selbst!

Millionen Bürger sehen, dass sie jetzt und im Alter immer ärmer werden und die Gewählten nichts tun, um den durch Erbe und Spekulation gewachsenen Sektor der Superreichen (OECD Studien) in den Sozialsystemen und bei den Eurorettungen und heutigen, wie kommenden Flüchtlingskosten zu verpflichten!

Der normal verdienenden Bürger ist heute nicht mehr in der Lage, ein bescheidenes Vermögen aufzubauen, da die Zinsen ins Negative zeigen und die Banken wie auch die Sparkassen schon deutlich durchblicken lassen, dass die günstigen Zeiten der kostenlos geführten Girokonten endgültig vorbei sind, da sie durch die ökonomisch widersinnige Zinspolitik der EZB nun kostendeckender arbeiten müssen. Wie am 17.3.2016 im Morgenmagazin des ZDF vorgerechnet wurde, muss ein Bürger, der heute mit der Zielrichtung von 100000 Euro für ein Vermögen als Altersvorsorge, bis dessen Auszahlung 172000 Euro einzahlen!!! Soviel zu den Dimensionen an Verlusten, die durch eine verkorkste Geldpolitik mit Billigung der Staaten angerichtet werden!

Auch im Hinblick auf das Handeln der EZB vermissten die europäischen Bürger das beherzte Eingreifen der Staaten, so auch die deutschen Sparer und Anleger. Kanzlerin Merkel schaut, ihren Amtseid verleugnend, der ihr vorgibt „Schaden vom deutschen Volk zu abzuwenden“ einfach weg und riskiert, dass die EZB unbehelligt das Ganze auf Zinsen aufgebaute Finanzsystem von Banken und Versicherern Europas zerschießt und so Lücken in den Altersvorsorgen entstehen, von denen die Bürger noch keinerlei Vorstellungen haben.

Es muss also schlimm im Euroraum aussehen!

Es muss also schlimm im Euroraum aussehen, wenn für bezahlbare Refinanzierungen der Staaten, somit deren Rettung vor dem Bankrott die EU-Bürger schleichend enteignet werden müssen! Das Anlageaufkaufprogramm (QE) der EZB von mittlerweile 80 Mrd. Euro pro Monat ist eine reine aber nach den Mandaten der EZB verbotene,

doch von den Staaten stillschweigend gebilligte Staatsfinanzierung! NO BAIL OUT Klausel, was war das noch mal? Durften Staaten sich untereinander überhaupt helfen und gar die Schulden anderer übernehmen oder finanzieren? Nein, sie durften das eben nicht! Tun das aber verbotenerweise doch und zerstören damit irreversibel die europäische Vertragskultur und das Vertrauen und die Rücklagen der Bürger.

Die EZB hat bald schon 10% aller europäischen Staatsanleihen in ihren Büchern, ein ungeheures Risiko für die Deutsche Bundesbank, der 27.5% der EZB gehören und deren Finanzpolitik zu DM Zeiten weltweit ein Vorbild von Seriosität inklusive soliden Handelns war und von der EZB übernommen werden sollte. Doch in den Etagen der EZB läuft so ziemlich alles aus dem Ruder, da keine Maßnahme des EZB Chefs Dragi mehr greift, selbst wenn dieser Billionen wertloser Euros auf den Markt wirft, um eine bescheidene Inflation von 1,9% zu erzwingen, die den verschuldeten Staaten ihre Schulden reduzieren sollen. Da nun erkennbar nichts hilft, geht dieser unverantwortlich mit Minuszinsen an die Rücklagen der Bürger ran! Und die Bankenwelt wie auch die meisten Ökonomen schlagen die Hände über dem Kopf zusammen angesichts eines derartigen Dilettantismus.

Das nennt man staatlich gebilligte Verantwortungslosigkeit.

So ist es abzusehen, dass nur der schrumpfende sogenannte Mittelstand und der finanziell darunterliegende Bevölkerungssektor die überproportionalen Belastungen durch Steuer und Sozialabgaben von Hunderten Milliarden Euros der Griechen-Rettungspakete und der kommenden Flüchtlingslasten zu tragen haben. Millionen merken, dass die von ihnen erarbeiteten Ressourcen Deutschlands für eine widersprüchliche, unlogische Politik ohne Konzept, entgegen allen Verträgen und Gesetze zu ihren Lasten verschleudert werden.

Doch egal, wie Kommunal- Länder- und Bundestagswahlen auch ausfallen, stets schauen die verblüfften Bürger in strahlende, siegestrunkene Gesichter!

Die Kommunalwahlen in Hessen und die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, und Sachsen-Anhalt sind vorbei, die AfD überall fulminant zweistellig gestartet, die Regierungschefs ohne Mehrheiten. Die SPD fixiert ihre grenzenlose Freude auf das Ergebnis ohne Regierungsmehrheit in „RP“ und blendet ihre krachenden Niederlagen aus, in denen sie in zwei

Ländern mit 10% und 12% zur Kleinpartei geschrumpft wurde. Die CDU kann nur mit Mühe ihren Ministerpräsidenten ebenfalls ohne Mehrheit in Sachsen-Anhalt als Regierungschef durchbringen und hat dieses Ziel in den anderen beiden Ländern verfehlt.

Und trotzdem stehen alle am Wahlabend, wie auch am nächsten Tag selbstsicher in die Kameras strahlend so dar, als wären sie die Sieger. Es werden Blumensträuße verteilt, man lacht und bedankt sich bei wem auch immer und über allen Köpfen schwebt der Gedanke des „Weiter so wie bisher“!

Und in den Medien wird die totgesagte FDP als strahlender Wahlgewinner hochgejubelt, da diese ein wenig mehr atmet und der eigentliche Wahlsieger, die AfD, die aus dem Stand zweistellig, alle anderen im Parteiengefüge in größte Verlegenheiten stürzte, wird weiterhin überheblich in eine Schmutzdecke des puren Rechtspopulismus gedrängt, ohne zu bedenken, dass man so auch deren Millionen Wähler vor die Köpfe stößt und so ein „jetzt erst recht“ herausfordert, was bei den nächsten Wahlen zu sehen sein wird.

Schon sagen Umfragen aus, dass wenn am jetzt Bundestagswahl wäre, die AfD drittstärkste Partei und damit den Oppositionsführer stellen würde!

Es ist gewiss so, dass viele Menschen sich keinerlei Sorgen über die Ankunft der 1,45 Millionen Flüchtlinge und deren Einwanderung in unsere von uns finanzierten Sozialsysteme machen und im Vertrauen zu den etablierten Parteien, besonders zur CDU-Kanzlerin Merkels das Nachdenken über die Konsequenzen noch nicht aufgenommen haben, da nachzudenken ja im Ergebnis zu unerfreulichen Schlussfolgerungen führen könnte und man dann vertraute, in Jahrzehnten gewachsene Denkmuster aufgeben müsste.

Nunmehr überdeutlich sichtbar artikuliert in den Wahlergebnissen ein großer Teil der deutschen Gesellschaft, dass diese sich von der Euroraum- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin überfahren und übergangen fühlt und nun in der Wahlkabine aufbegehrt. So funktioniert Demokratie in Reinkultur!

Diese nun zu missachten und zu ignorieren ist der größte Fehler der Kanzlerin, die mit dem Chef der Schwesterpartei und Ministerpräsident Bayerns Horst Seehofer zunehmend überkreuz liegen wird, was auch zu Fraktionstrennung im Bundestag oder gar

zum Austritt aus der Koalition führen kann, schaut man auf die grimmige und entschlossener werdende Art der Bayern zu dem Flüchtlingsthema. Denn Seehofer will eine andere Politik und CDU Fraktionschef Kauder die praktizierte nur anders formuliert besser verkaufen.

Seehofer und seine Partei werden es sich nicht auf Dauer gefallen lassen, als kurzsichtige Querulanten herablassend abqualifiziert und ausmanövriert zu werden! Die Nagelprobe kommt in Kürze, wenn der Deal mit der Türkei keiner ist, da die von Merkel der Türkei versprochen Visa-Erleichterungen in Europa schon längst von Frankreich abgewatscht wurden, obwohl die Eu-Spitze diese schon terminierte. Wird die CSU zu einer bundesweit aufgestellten Partei?

Merkels verflixter Konjunktiv.

Merkels verflixter Konjunktiv nervt, mit dem sie alle eventuellen Erfolge schon als funktionierendes Ergebnis in alle Welt posaunt, obwohl viele Wenn und Aber dazwischenliegen, die höchstwahrscheinlich all ihre Pläne zunichtemachen werden! Was macht die Kanzlerin nach ihrem absehbaren Scheitern? Tritt sie zurück?

Nein, Merkel schaltet auf stur, vergrößert ihre sowieso schon überdimensionierten Scheuklappen und lässt ganz Europa zusehen, wie sich eine deutsche Kanzlerin demontiert und das Herzland Europas isoliert und die EU pulverisiert.

Währenddessen schlummern hier in Deutschland in allzu vielen Städten und Gemeinden die in Turnhallen und provisorischen Unterkünften für viele weitere Jahre untergebrachten ungelösten Unterbringungs- und Versorgungsprobleme in Millionenzahl, das sind 1,45 Millionen Menschen, ca, 14 kleine Großstädte mit 100000 neu Hinzugekommenen, die von unserer Gesellschaft auf einen Schlag beherbergt und alimentiert werden muss, um die Dimensionen einmal aufzuzeigen, über deren Finanzierung sich Finanzminister Schäuble und seine Kollegen aus den hoffnungslos überforderten Ländern bis aufs Messer streiten, was im Ergebnis aber wie immer bei den Bürgern als zusätzliche Kosten anlanden wird.

Von diesen 1.45 Millionen sind es ca, 900000 Männer, die Tag für Tag, noch auf Jahre hinaus, untätig Turnhallenwände, Zeltwände und die der provisorischen Unterbringungen anstarren. Wehe, diese werden einmal dauerfrustriert renitent, dann hat die Bundeswehr nicht genug Soldaten. Die Bevölkerung sieht das alles und ist zutiefst beunruhigt und angesichts des Dauerzustands auch gereizt.

Es geht um mindestens 20 Mrd. Euro pro Jahr, welche die Länder als hälftigen Anteil vom Bund für die nächsten Jahre fordern, was dann auch bedeutet, dass sich die Flüchtlingskosten letztlich auf 40 Mrd. Euro pro Jahr für unsere Gesellschaft auftürmen. Schluss-endlich wird die Gesellschaft Deutschlands für diese Kosten geradezustehen haben, nur will diese in Teilen das noch nicht so richtig verinnerlichen und diejenigen, die auf diese Fakten hinweisen, werden im Freundeskreis, sogar in den Familien rüde angegangen. Bei der Frage „Wie hältst du es mit den Flüchtlingen“ ist eine ehrliche Meinung verpönt, also gibt man sich friedliebend neutral und ist in der Wahlkabine dann doch konsequent.

Ehrlicher und für unsere Demokratie förderlicher wäre eine offene Diskussion über alle anstehenden Probleme, aber dazu sind die etablierten Parteien, die sich nun in einer Wagenburg in der Mitte des Parteienspektrums drängeln und verbarrikadieren (noch) nicht in der Lage und verharren lieber im Olymp ihrer zerbröselnden Einzigartigkeit.

Von dort aus entsenden die Koalitionäre ihre getreuen Paladine wie Laschet, Altmeier, Oppermann, und wenn nichts mehr hilft, den SPD-Wadenbeißer und Sympathieträger ;-(Ralf Stegner in TV Talkshows zur Beweihräucherung einer scheiternden Politik, die nicht mehr genügend Stofffetzen zur Verfügung hat, um die offenkundigen Fehler noch einmal bis zur nächsten Wahl attraktiv zu kaschieren.

Spätestens dann, wenn diese Kosten der Sozialsysteme und der Beherbergung und Alimentierung von 1,45 Millionen Menschen zu dem entscheidenden, jetzt noch erfolgreich verzögerten Griff in die Geldbeutel der Bürger führt, schlägt die Stimmung der „Willkommenskultur um, und alle die eifrigen Beklatscher dieser realitätsfremden, in fast ganz Europa kritisierten Flüchtlingspolitik Merkels in den öffentlich-rechtlichen TV Talkshows, beklatschen dann das Gegenteil dessen, dem sie gestern noch euphorisch und blauäugig zustimmten.

Dass Frau Merkel hier die Folgen nicht bedachte, verwundert mich angesichts ihrer konzeptlos praktizierten Politik auf den wichtigsten politischen Feldern absolut nicht. Die deutsche Gesellschaft, der es im Weltmaßstab wohl noch sehr gut geht, was heute ja auch in jeder Kritik an Merkels Politik als Gegenargument aufgeführt wird, rutscht nun zunehmend in eine Unsicherheit und Gereiztheit ab, die ihr seit Bestehen der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung völlig fremd war.

Aus dieser Unsicherheit entwickelte sich langsam eine Gesellschaft, die klarsichtiger werdend bemerkt, dass über ihre Köpfe hinweg, ganz hoch, in den höchsten Ebenen der Politik, ganz besonders an den G-20 Treffen mit dem IWF Gedankenspiele mit nachfolgender Umsetzung durch die eigenen Nationalstaaten stattfinden, denen sie als Souverän niemals zustimmen wollten, wenn sie diese wenigstens kennen würden!

Ob es der weltweite Finanzsektor ist, oder Datenabgleiche der NSA-Spionage der USA und England, oder die Datenabgleiche von Banken und Finanzämtern und Sozialsystemen, inklusive der Kreditsituationen der Bürger, oder der Handel mit Wandel zum Nachteil der Bürger und zu Nutzen von wenigen, denen es sowieso schon unmöglich ist, in ihrem Leben ihre Vermögen in einem normalen oder verschwenderischen Lebensstil zu verbrauchen und deshalb nur noch auf Machtzuwachs aus sind. Alle Lebensbereiche der Menschen geraten unter zunehmend in den Einfluss maßloser, entfesselter Machteliten, in deren verschachtelten Machtstrukturen die Politiker zwar nicht sitzen, sich aber gerne in deren Sphären tummeln dürfen und für die auf den geschundenen Rücken Normalbürger getätigten Wohltaten zugunsten der Finanzeliten belohnt, allzu oft dinieren dürfen.

Alle Regierungen, nicht nur die der westlichen Wertegemeinschaft können sich den extremen Wunschkatalogen dieser Finanzeliten augenscheinlich kaum entziehen, da diese über alle Legislaturperioden der Demokratien hinweg Bestand haben. Doch obwohl Regierungen Kraft ihres vom Volk gegebenen Amtes die Ausstattung haben müssten, die Finanzeliten in ihre Schranken zu verweisen und das auch mit einigem Mut und Selbstbewusstsein könnten, sind die wechselseitig regierten Demokratien immer aufgrund der durch Wahlen geprägten Endlichkeit und Eitelkeiten ihrer politischen Akteure im Nachteil, zumal in den USA der Rüstungssektor auf jede Regierung prägenden Einfluss hat und diese wiederum auf Europa und Regierungen der ganzen Welt.

Man schaue auf die Waffenverkäufe, die nur Tod und Elend zu Folge haben, Staaten zerstören, Menschen vernichten und nur der Rüstungsindustrie Freudentränen ins Gesicht zaubern. Man schaue auf die erfolglosen Bemühungen der US Präsidenten, die Waffenverkäufe innerhalb der USA einzudämmen. Fehlanzeige!

Der Schutz der Finanz- und Bankenwelt vor den Folgen ihrer unmoralischen Handlungsweisen, die Euroraumrettungen und ich

glaube, selbst die Behandlung der Nah-Ost Situation mit den Flüchtlingsfolgen in Europa finden bei den G 20 Treffen eine Entscheidungsebene vor, welche kühl taktierend, alle anstehenden wie kommenden finanziellen und menschlichen Belastungen den Bürgern ihres Einflussraumes rigoros aufbürden, um sich selbst schadlos zu stellen.

Oberste Priorität bei allen derartigen Veranstaltungen ist der Erhalt des unipolaren US-Machtanspruchs und seines Petrodollars mit dem Erhalt des Greenbacks als Weltleitwährung.

Von alledem merkt der normal arbeitende Bürger, und ich möchte jetzt wieder bei Deutschland bleiben, in seinem Alltag noch nichts! Nur die Folgen der Beschlüsse treten immer deutlicher in das Bewusstsein der deutschen Gesellschaft und.....macht diese nervös und reizbar!

Da helfen seit Langem nicht mehr die sedierenden Sprüche, wie: „Wir sind auf einem guten Weg“, oder „Wir müssen die Menschen noch besser mitnehmen“! Das sind nur Worthülsen, Füllwörter, wenn man als Politiker nichts Substanzielles mehr beizutragen hat und Fürsorge suggerieren will.

Wir sind schon längstens nicht mehr auf einem guten Weg und mitgenommen fühlen wir uns erst recht nicht mehr. Landauf, landab macht sich ein diffuses Unbehagen breit, da die deutsche Gesellschaft eine Entwicklung zu ihren Ungunsten auf geradezu allen Feldern ihres Daseins erkennt. Vormalig sichere Parameter in der Arbeitswelt, in der man sich mit Fleiß anerkannt bis zum Renteneintritt einigermaßen wohl und sicher fühlen konnte, werden durch menschenverachtendes Renditedenken, Automatisierung und die digitale Entwicklung in einer sich rasant von den Menschen entfernenden Produktionstechnik fragmentiert und zulasten der Arbeitenden nivelliert.

Der Mensch wurde zu einem bloßen Produktionsfaktor degradiert, der in einem Alter mit besten Berufserfahrungen aus dem Arbeitsprozess ausscheiden muss und letztlich wegen dieses Alters entbehrlich mit brutaler Kürzung der Rentenbezüge zugunsten Jüngerer in die Frührente entlassen wird, oder der Fürsorge des Staates anheimfällt. Welch eine Vergeudung im Hinblick auf den immer vorgetragenen Mangel an Fachkräften, den man nun durch Zuwanderung Minderqualifizierter, z. B. Flüchtlinge ausgleichen will.

Nebenbei(?), nein geplant kommen so die Löhne wieder unter Druck

und die Arbeitsuchenden werden gegenseitig in Konkurrenz gesetzt um die Löhne zu minimieren. So produziert die Wirtschaft bewusst Existenzängste, um die wirklichen Leistungsträger gefügiger zu machen. Von den vielen schon qualifizierten, schon jahrelang in Hartz 4 verharrenden Arbeitswilligen spricht schon keiner mehr. Auch von dieser Seite gerät unsere Gesellschaft bald unter Druck.

Dieses Unbehagen kriecht mittlerweile durch alle Bevölkerungsschichten, auch der vom Schicksal Begünstigten. Besonders die am unteren Rand der Lohnspirale Angesiedelten, die sich nicht wehren können und sich von der Politik verlassen fühlen, schon lange schon nicht mehr zur Wahl gehen, da die Parteien sich nur noch um sich selbst drehen und deren intellektueller Horizont bedauerlicherweise immer wieder am Legislaturperiodenende landet.

Diese Menschen sind politisch heimatlos geworden, weil alle etablierten Parteien wie CDU/CSU/SPD/GRÜNE/FDP und teils die LINKEN sich in der Mitte des Parteienspektrums drängeln und ihre originären Positionen aufgeben, um bei Wahlen überhaupt noch punkten zu können! Es wird eng in der Mitte und rechts von dieser wird Raum frei, der in dem Streben nach der Mitte vernachlässigt wurde! Wo die alte SPD noch zu verorten ist, weiß diese wohl selbst nicht mehr, Gleiches gilt auch für die von Merkel sozial demokratisierte CDU. Dazwischen hüpfen irritiert die GRÜNEN herum und biedern sich jedem an und die LINKEN verlieren ihren Status als Sammelbecken für die Unzufriedenen der Politik, der ihnen die Fraktionsstärke in den Parlamenten absicherte.

Dass diese etablierten Parteien solcherart unkenntlich werden, haben diese bis heute noch nicht verinnerlicht! Aber jede Partei, die in diese von den Etablierten verlassene Positionen eindringt, wird mit Häme, Verachtung und Polemik überzogen, ohne zu bemerken, dass eine derart diffamierende und teilweise primitive Behandlung der neuen Partei, ich meine die AfD, diese nur stärkt. Die Erfolge der kürzlichen Wahlen sprechen Bände und drücken die Sehnsucht großer Teile unserer deutschen Gesellschaft aus, mit ihren Sorgen und Nöten wieder wahrgenommen zu werden!

Es sind jedoch nicht nur Ängste, welche die Menschen sich umorientieren lassen, sondern eine völlig verfahrenere auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragene konzeptlose Politik in der Euro-, Flüchtlings und Gesellschaftspolitik.

Sosehr auch nach den zweistelligen Wahlergebnissen die AfD im öffentlich rechtlichen TV und in der Presse als undemokratisch, unfähig und rechtspopulistisch abgestempelt wurde und gewiss auch weiter abgestempelt werden wird, ist ihr Erscheinen das Ergebnis eines demokratischen Prozesses, hinter dem Millionen Menschen stehen und der gefälligst zu respektieren ist!

Die Parteienlandschaft ist nun bunter und auch lebendiger geworden, was aber zum Leidwesen der Etablierten zu einer wieder sichtbaren Opposition in den Ländern und, da bin ich mir gewiss, wenn diese Partei keine großen Fehler macht, auch im Bundestag 2017 zu sehen und zu hören ist.

Die alten politischen Parameter in den Parlamenten zerbröseln sich zurzeit selbst und irritieren die Gesellschaft Deutschlands. Es gibt wohl keine Diskussion in der Bevölkerung, die bei der Behandlung von Flüchtlingen nicht in einem Gegensatz endet. Auf der einen Seite diejenigen, welche allen Maßnahmen Kanzlerin Merkels kritiklos zustimmen, aber deren Folgen ausblenden, auf der anderen Seite diejenigen, die die innere Sicherheit hinterfragen und ihre 10 Finger zum Nachrechnen nehmen und sich vor den fiskalischen und gesellschaftlichen Folgen der Politik Kanzlerin Merkels fürchten, die ihren moralischen Imperativ der deutschen und der europäischen Gesellschaft überstülpen will und damit auch beim nächsten inflationären Gipfel am 17.3.2016 scheitern wird. Auch nach diesem, wieder einmal entscheidenden Gipfel, (wer glaubt noch daran) wird erkennbar sein, dass diese Kanzlerin Deutschland in Europa isoliert und diesen Kontinent, wie kein Kanzler vor ihr gespalten und in Auflösungstendenzen gebracht hat.

Was aber durch die Asylantenflut wohl völlig aus dem Fokus der Bevölkerung geraten ist, sind die ungelösten Probleme der Bankenschulden und die des überschuldeten Euroraums. Die ungeheuren Dimensionen zur Entschuldung der Staaten und der Banken wurden der deutschen Gesellschaft bisher von der Politik komplett vorenthalten, zumal alle, aber auch alle Parteien in dem Gestrüpp der Schuld, ja ich sage bewusst Schuld, durch die Relativierung und Verletzung von Verträgen und deutschen wie auch europäischen Gesetzen hoffnungslos verstrickt sind. Anstatt einer ehrlichen Bestandsaufnahme, verlegen die verantwortlichen Parteien sich aufs vernebeln und diese suchen in einer konzertierten schleichenden Enteignung (sicherlich abgesprochen bei G 20 Treffen) mit abschmelzenden Sparguthaben eine Verlängerung des

Eurosiechtums über ihre politische Verantwortlichkeiten hinaus zu unseren Lasten zu betreiben.

Dieses Szenario wird die deutsche und europäische Politik in Zukunft begleiten und somit unserer aller Zukunft sein, ohne dass wir auch nur irgendeinen Einfluss darauf haben. Die deutsche, mit ihr die europäischen Gesellschaften werden, wenn diese sich nicht in Wort und Tat (demokratisch, notfalls auf der Straße) dagegen wehren, zum Spielball derer werden, die aus purem Eigennutz auch Gier genannt, nie für sie irgendeine Verantwortung übernehmen wollen. Ich denke da an die Wirtschafts- und Finanzwelt und die gewählten Politiker, die sich jetzt einer neuen Opposition gegenübersehen, welche die Sorgen vieler Bürger hoffentlich in die Parlamente bringt, die sich aber überflüssig machen würde, wenn sie es nicht täte, denn dazu wurde, und wird diese schließlich gewählt!

Es ist zwingend notwendig, in Deutschland wieder eine Politik zu betreiben, die unsere Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriften lässt, die unsere innere Sicherheit wahrt und das kollektive, unlogische Handeln im Parlament und in der Regierung in der Euro- und Flüchtlingsproblematik, personifiziert durch diese Kanzlerin beendet, auch wenn dadurch ihre Kanzlerschaft infrage stehen muss!

Die Bevölkerung muss, so viele Konsequenzen dies auch erfordert, wieder ernst genommen werden, da reichen keine verbalen Lippenbekenntnisse der etablierten Parteien mehr, sondern eine handfeste Wiederherstellung verloren gegangenen Vertrauens, um aus allen Erfahrungen „Weimarer Verhältnisse“ zu vermeiden. Diese Aufforderung betrifft die etablierten Parteien, wie auch die neue AFD, denn alle zusammen haben nicht nur ihren, sondern der deutschen Gesellschaft und deren Interessen zu dienen und keinem sonst!

Heiner Hannappel

Koblenz

E-Mail heiner.hannappel@gmx.de